1



Brüssel, den 15. April 2016 (OR. en)

7986/16

Interinstitutionelles Dossier: 2012/0011 (COD)

> **CODEC 471 DATAPROTECT 33 JAI 294** MI 228 DRS₇ **DAPIX 62** FREMP 68 **COMIX 294 PE 47**

INFORMATORISCHER VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat Empfänger:

Betr.: ANNAHME VON GESETZGEBUNGSAKTEN NACH DER ZWEITEN

LESUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des

Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung

personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung

der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

- Ergebnis der zweiten Lesung des Europäischen Parlaments

(Straßburg, 11. bis 14. April 2016)

I. **ABSTIMMUNG**

Da keine Abänderung angenommen wurde, hat der Präsident des Europäischen Parlaments den Standpunkt des Rates in erster Lesung für gebilligt erklärt.

Der Wortlaut der legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments ist in der Anlage enthalten.

II. ANNAHME VON GESETZGEBUNGSAKTEN NACH DER ZWEITEN LESUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Da das Europäische Parlament den Standpunkt des Rates in erster Lesung gebilligt hat, gilt der betreffende Rechtsakt gemäß Artikel 294 Absatz 7 Buchstabe a AEUV als in der Fassung des vom Rat in erster Lesung festgelegten Standpunkts erlassen.

Nach der Unterzeichnung durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments, den Präsidenten des Rates und die Generalsekretäre der beiden Organe wird der betreffende Rechtsakt im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

7986/16 lh/ik 2

Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ***II

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. April 2016 zu dem Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (05419/1/2016 – C8–0140/2016 – 2012/0011(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf den Standpunkt des Rates in erster Lesung (05419/1/2016 C8-0140/2016),
- unter Hinweis auf die von der Belgischen Abgeordnetenkammer, dem Deutschen Bundesrat, dem Französischen Senat, dem Italienischen Abgeordnetenhaus und dem Schwedischen Reichstag im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegten begründeten Stellungnahmen, in denen geltend gemacht wird, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,
- unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 23. Mai 2012¹,
- unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 10. Oktober 2012²,
- unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Europäischen Datenschutzbeauftragten vom
 März 2012³ und vom 19. November 2015⁴,
- unter Hinweis auf die Stellungnahme der Kommission (COM(2016)0214),
- unter Hinweis auf seinen Standpunkt in erster Lesung⁵ zum Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2012)0011),
- gestützt auf Artikel 294 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
- gestützt auf Artikel 76 seiner Geschäftsordnung,
- unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres für die zweite Lesung (A8-0139/2016),

ABl. C 229 vom 31.7.2012, S. 90.

ABl. C 391 vom 18.12.2012, S. 127.

ABl. C 192 vom 30.6.2012, S. 7.

⁴ ABl. C 67 vom 20.2.2016, S. 13.

⁵ Angenommene Texte vom 12.3.2014, P8_TA(2014)0212.

- 1. billigt den Standpunkt des Rates in erster Lesung;
- 2. stellt fest, dass der Gesetzgebungsakt entsprechend dem Standpunkt des Rates erlassen wird;
- 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Gesetzgebungsakt mit dem Präsidenten des Rates gemäß Artikel 297 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu unterzeichnen;
- 4. beauftragt seinen Generalsekretär, den Gesetzgebungsakt zu unterzeichnen, nachdem überprüft worden ist, dass alle Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen worden sind, und im Einvernehmen mit dem Generalsekretär des Rates die Veröffentlichung des Gesetzgebungsakts im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veranlassen;
- 5. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.